

## **Beschluss des Landrats vom 30.01.2020**

Nr. 359

### **27. Aufnahme von Bootsflüchtlingen**

2019/632; Protokoll: ak

Landratspräsident **Peter Riebli (SVP)** erklärt, der Regierungsrat lehne das Postulat ab.

**Simone Abt (SP)** dankt höflich für die Stellungnahme des Regierungsrats; sie ist davon allerdings sehr enttäuscht. Das Geschäft ist nämlich deutlich weniger spannend und locker als das vorletzte Traktandum. Denn letztlich geht es hier um Leben und Tod.

Die enttäuschende Haltung des Regierungsrats fusst auf der juristischen Belehrung, dem Kanton seien bei diesem Thema die Hände gebunden, nur der Bund sei zuständig. Das mag formaljuristisch gar nicht so wahnsinnig falsch sein, aber man kann darüber nachdenken, was denn eigentlich Ziel und Zweck des Vorstosses ist, der im September 2019 – nicht nur im Baselbiet, sondern z.B. auch in Basel-Stadt – eingereicht worden ist. Der September 2019 war heiss und drückend (Stichwort Klimawandel), und in den Schlagzeilen waren vor allem die tragischen Fälle von Menschen, die versuchten, das Mittelmeer auf Bötchen oder Flößen zu überqueren, und dabei elendig ertranken. Weiter in den Schlagzeilen waren die Aussagen gewisser Staatsoberhäupter: Die einen äusserten sich verzweifelt, sie könnten nicht alle aufnehmen und seien auf Hilfe angewiesen. Die anderen bezogen politische Stellung: Sie wollten niemanden aufnehmen – sollen die Flüchtlinge doch ertrinken! – Vor diesem Hintergrund sind diese Vorstösse entstanden.

Was verlangt das Postulat vom Kanton? Dass er in Bern vorstössig werden und den Bund aufrufen soll, sich an Seerettungen zu beteiligen und mitzuhelfen, Menschen zu retten. Der Kanton soll anbieten, sie vorläufig aufzunehmen, bis über ihr weiteres Schicksal entschieden ist. Das bedeutet nicht, dass diese Flüchtlinge zeitlebens hier bleiben, aber sie finden erst einmal Aufnahme, denn es können ja nicht alle in Italien bleiben. Es geht darum, dass auch die Schweiz als Binnenland angesichts des Elends an den Meeresküsten und auf den Inseln ihren Beitrag leistet.

Dass man auf einen solchen Vorstoss auch anders reagieren kann als der Baselpolitaner Regierungsrat, hat Basel-Stadt gezeigt. Dort ist ein ähnlicher Vorstoss zeitnah behandelt und überwiesen worden, und Basel-Stadt soll der Genfer Erklärung über Menschenrechte auf See beitreten. So ginge es also auch. Es wäre schön, der Regierungsrat könnte sich mit dem Thema nochmals befassen, und deshalb sollte das Postulat überwiesen werden.

**Erika Eichenberger Bühler (Grüne)** gibt bekannt, dass die Grüne/EVP-Fraktion grossmehrheitlich für die Überweisung des Postulats sei. Es liegt tatsächlich eine paradoxe Situation vor: Im Mittelmeerraum herrscht eine grosse Not, und bei uns gehen die Asylzahlen drastisch zurück, so dass Asylzentren geschlossen werden müssen. Deshalb könnte der Kanton zumindest beim Bund vorstellig werden und Hand bieten für die Aufnahme einer bestimmten Anzahl an Flüchtlingen, ganz im Sinn der Ausführungen der Postulantin.

**Marc Schinzel (FDP)** betont, das Thema sei sehr ernst und eigne sich nicht für irgendwelche Sprüche. Aber die Stellungnahme des Regierungsrats ist die richtige Antwort auf das Postulat. Denn man darf seine Ausführungen über die Kompetenzen nicht einfach als «Formaljuristerei» abtun. Man bewegt sich hier im ganz grundlegenden Bereich des föderalistischen Staatsaufbaus. Es geht dabei nicht um Abschieben oder Wegschauen, sondern darum, dass jedes Gemeinwesen in diesem föderalistischen Staat seine Aufgaben hat. Diese Aufgabenteilung zu respektieren ist sehr wichtig und sehr ernst zu nehmen.

Jede Partei hat auch Parlamentarierinnen oder Parlamentarier auf Bundesebene. Diese könnten

Einfluss nehmen und die verlangten Interventionen anregen. Das Thema liegt nicht auf der Flughöhe des Kantons, sondern der Bund verfügt über das durchaus sinnvolle Instrument, dass Flüchtlingsgruppen aus bestimmten Gründen – z.B. im Falle von besonders schutzbedürftigen oder besonders schwachen Menschen – aufgenommen werden können. Zu dieser Massnahme hat der Bundesrat schon verschiedentlich gegriffen, und das ist der richtige Weg.

Auch die Verteilung der Flüchtlinge bzw. Asylbewerber/innen auf die Kantone ist absolut genau geregelt: Es besteht ein klarer Verteilschlüssel. Der Bund ist – nicht zuletzt auf Initiative sozialdemokratischer Bundesratsmitglieder – auch in den internationalen Gremien vertreten, die über die Zuteilung beraten. Die Schweiz hat sich sinnvollen Lösungen nie verweigert.

Es braucht unbedingt genügend Respekt vor den verschiedenen Verantwortlichkeiten im föderalistischen Staatsaufbau, und deshalb kann die FDP-Fraktion den Vorstoss nicht unterstützen – nicht weil sie ihn nicht ernst nimmt, sondern weil sie auch die Kompetenzverteilung im Bundesstaat ernst nimmt.

**Ermando Imondi** (SVP) schliesst sich den Ausführungen des Vorredners an. Er dankt dem Regierungsrat für die sehr gute Stellungnahme. In diesem Bereich kann der Kanton keinen Einfluss nehmen; sondern der Bund ist zuständig. Deshalb lehnt auch die SVP-Fraktion das Postulat ab.

**Simone Abt** (SP) hat solche Reaktionen erwartet. Sie betont aber nachdrücklich, dass es ihr überhaupt nicht darum geht, die Zuständigkeitsregelungen in Abrede zu stellen. Es geht vielmehr darum, dass der Kanton Basel-Landschaft sich engagieren soll. Er würde vom Bund sicher gehört, wenn er sich bereit erklärte, ein gewisses Kontingent an Bootsflüchtlingen in angemessener Grösse, analog zur Einwohnerzahl, aufzunehmen. Es geht nicht darum, die Zuständigkeit des Bundes in Frage zu stellen. Aber der Bund braucht gelegentlich durchaus etwas Ermutigung. Überlegungen zu diesem Thema finden nicht nur auf Bundesebene statt, sondern im ganzen Land, bis hinunter in die Gemeinden.

Das Elend ist nicht ausgesessen, wenn man bedenkt, was zur Zeit alles für Dinge geplant sind im Mittelmeer: Jetzt wird von Netzen und Barrieren im Meer gesprochen – gegen Menschen, die einfach ertrinken sollen. Darum geht es und um die humanitären Grundwerte der Schweiz.

**Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) fällt es schwer, den Standpunkt der CVP/glp-Fraktion zu vertreten. Denn sie hat grosses Verständnis für Simone Abts Vorstoss und ist besorgt darüber, was sich zur Zeit im Mittelmeer abspielt. Allerdings sind dem Kanton tatsächlich die Hände gebunden, wie Marc Schinzel ausgeführt hat. Das ist ein grosses Dilemma: Was kann, soll, muss man in dieser Situation tun? Im Moment hängt vieles vom Bund ab, und ein Kanton kann nicht gross Einfluss nehmen. Deshalb wird die CVP/glp-Fraktion den Vorstoss leider grossmehrheitlich nicht unterstützen.

**Linard Candreia** (SP) ist von der CVP enttäuscht. Er kommt selber aus einer CVP-Familie und verfolgt die Diskussionen um das «C» im Parteinamen. Sein christliches Gewissen sagt ihm, dass man in dieser Frage nie genug tun kann. Und in diesem föderalistischen Staat sind immer wieder viele gute Initiativen von den Kantonen ausgegangen, also von unten nach oben entstanden. Für die Flüchtlinge wird viel zu wenig getan – der Papst lässt grüssen; er hat zur Tragödie im Mittelmeer sehr Schönes gesagt und die herrschenden Zustände immer wieder zu Recht kritisiert.

://: Bei einem Ergebnis von 39:39 Stimmen bei 5 Enthaltungen wird das Postulat mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt.